

# Kosten für Klimaschutz sinken

Technischer Fortschritt erleichtert Reduktion der Emissionen · Hoher Ölpreis hilft nicht

VON TIMM KRÄGENOW, BERLIN

Der Umbau des weltweiten Energiesystems zum Schutz vor einer gefährlichen Erwärmung durch den Treibhauseffekt ist weniger teuer als bisher von Ökonomen angenommen, erledigt sich aber durch die steigenden Ölpreise nicht von selbst. Das sind die Ergebnisse eines wirtschaftswissenschaftlichen Workshops des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). „Neue Studien zeigen, dass in zahlreichen Techniksektoren die Kosten zur Vermeidung von Kohlendioxid-Emissionen deutlich geringer sind als bisher angenommen“, sagte gestern der Ökonom Ottmar Edenhofer vom PIK.

Klimaforscher warnen seit Jahrzehnten, dass ein weiterer Anstieg der Kohlendioxid-Emissionen in die Atmosphäre zu katastrophalen Störungen des Klimasystems führen würde: Fluten, Stürme und Dürren würden dann Menschen und wirtschaftliche Produktion gefährden. Die Schäden können nach Schätzungen von Wissenschaftlern bis zu zehn Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung ausmachen.

Eine entschiedene Vorsorgepolitik gegen solche Klimaveränderungen wurde bisher von vielen Öko-

nomen und Politikern aber als unfinanzierbar abgelehnt. Führende Studien gingen bisher davon aus, dass die notwendige Absenkung der Kohlendioxid-Emissionen – bis 2100 auf rund ein Fünftel des heutigen Niveaus – zwischen drei und fünfzehn Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung kosten würde.

„Vergleiche der besten makroökonomischen Modelle ergeben, dass diese Schätzungen deutlich zu hoch waren“, sagt Ökonom Edenhofer.

„Neue Berechnungen zeigen, dass der notwendige Umbau des globalen Energiesystems weniger als ein Prozent des weltweiten Sozialprodukts kosten würde.“ Dies sei kein jährlicher Wert, sondern bezeichne die Gesamtkosten für die Zeit bis 2100.

Voraussetzung für Klimaschutzkosten unter einem Prozent ist aber nach Ansicht der Wissenschaftler, dass alle Optionen zur Senkung der Emissionen genutzt werden. Hierzu gehört neben der Erhöhung der Energieeffizienz vor allem die

Rückgewinnung von Kohlendioxid aus Kraftwerksabgasen. „Das ist eine wichtige Option, mit der Kohle, Öl und Gas vorläufig weiter genutzt werden können und sich diese Branchen Zeit erkaufen können.“ Die Nutzung von Biomasse plus Kohlendioxid-Rückgewinnung könne sogar Treibhausgase aus der Atmosphäre entfernen.

Eine Hoffnung haben sich die Forscher abgeschminkt: Die steigenden Ölpreise werden nicht dazu führen, dass die Klima-

emissionen sinken. Einige Länder wie China arbeiten bereits an Benzin aus Kohle als Ersatz. Dadurch würden sich die Emissionen glatt verdoppeln.

„Die Optionen zur Kohlendioxid-Vermeidung werden nur dann optimal genutzt, wenn es bald ein globales System von Emissionsobergrenzen und einen weltweiten Handel mit Emissionsrechten gibt“, sagt Edenhofer. „Je eher die Politik dieses Signal gibt, desto besser kann sich die Wirtschaft darauf einstellen.“

## Irrglaube

**Ölpreise** Die steigenden Ölpreise helfen dem Klima nicht. Autos könnten künftig mit Benzin aus Kohle fahren – und damit doppelt so viel klimaschädliches Kohlendioxid emittieren. Dem Klima helfen deshalb nur Emissionsgrenzen.

# Töpfer: Kriege um Wasser denkbar

Internationale Konferenz in Mexiko-Stadt

**Klaus Töpfer, der scheidende Direktor des Umweltprogramms der UNO (UNEP), hält Kriege und Konflikte um Wasser für denkbar.**

**Mexiko-Stadt** (AFP/dpa/ND). Töpfer sagte dem Bayerischen Rundfunk, die zunehmende Zahl von Menschen auf der Erde und die fortschreitende Verstädterung ließen Wasser vielerorts zu einem knappen Gut werden. Zur Vermeidung von Konflikten um den kostbaren Rohstoff mahnte er eine vorsichtige Verwendung der Ressource Wasser an. Unter anderem müsse mehr in Wasserverteilungssysteme investiert werden. Außerdem sei Wassersparen eine »zentrale Herausforderung«.

In Mexiko-Stadt beraten seit

Donnerstag bis kommenden Mittwoch mehrere tausend Teilnehmer des 4. Weltwasserforums über eine bessere Nutzung und Verteilung der wertvollen Ressource, von der Milliarden Menschen ausgeschlossen sind. Amtlichen Angaben zufolge haben 40 Prozent der Weltbevölkerung vor rund sechseinhalb

Milliarden Menschen nur begrenzten Zugang zu Wasser oder verfügen über keine Abwasserentsorgung. Jahr für Jahr sterben Millionen Kinder an Krankheiten, die auf verschmutztes Wasser zurückzuführen sind. Kritiker befürchten, dass es auf dem Forum vor allem darum gehen wird, den Einfluss privater Unternehmen in den verschiedenen Bereichen des Wasser-

sektors zu stärken.

Töpfer forderte die Regierungen auf, eine nachhaltige Umweltpolitik zu betreiben. Zunehmende Dürre und Trockenheit in Äthiopien, Eritrea, Kenia und Somalia seien häufig durch Menschen verursacht. So habe Kenia nur noch eine Waldfläche von zwei Prozent. Töpfers Nachfolger als UNEP-Chef im kenianischen Nairobi wird der Deutsche Achim Steiner, derzeit Generaldirektor der Weltnaturschutzunion (IUCN) mit Sitz in der Schweiz. *Personalien Seite 6*

Greepeace-Protest in Mexiko-Stadt gegen die Trinkwasservergiftung durch Bergwerkskonzerne Foto: AFP

# „Sachverwalter des Umweltschutzes“

Der Deutsche Steiner folgt Töpfer beim  
UN-Programm Unep nach – das freut die Regierung

BERLIN - Die Bundesregierung hat die Nominierung von Achim Steiner zum Chef des UN-Umweltprogramms (Unep) begrüßt. „Dass wiederum ein Deutscher mit der Leitung dieses Programms beauftragt werden soll, ist für die Bundesregierung ein Ansporn, ihrer Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz weiterhin gerecht zu werden“, erklärten Umweltminister Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (beide SPD) am Donnerstag in Berlin.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte den 44-jährigen Steiner als Nachfolger von Klaus Töpfer vorgeschlagen. Dessen Amtszeit läuft am 1. April ab. Der 67 Jahre alte CDU-Politiker und frühere Bundesumweltminister leitete das UN-Umweltprogramm seit Februar 1998. Er hat angekündigt, künftig wissenschaftlich arbeiten und eventuell ein Buch schreiben zu wollen.

Der Nominierung Steiners muss noch die UN-Generalversammlung zustimmen. Die Zustimmung des 191-köpfigen Gremiums gilt als sicher. Steiner soll laut Annan seinen neuen Posten bei der Unep in Nairobi am 15. Juni antreten.

Gabriel und Steinmeier erklärten, Stei-

ner habe sich in seinen früheren Funktionen als Generaldirektor der Welt-Naturschutz-Union und Generalsekretär der Welt-Staudamm-Kommission „als sehr kompetenter und engagierter Sachwalter der Anliegen des internationalen Umweltschutzes erwiesen“. Die angestrebte Reform der Vereinten Nationen betreffe auch den Umweltbereich. Töpfer habe bereits die ersten Schritte dazu eingeleitet. Aus europäischer Sicht sollte Unep von einem Programm der Vereinten Nationen zu einer vollgültigen UN-Umweltorganisation (Uneo) aufgewertet werden.

Steiner erklärte in Interviews, er sehe seine künftige Rolle als Dialogstifter und Vermittler zwischen den Ländern. „Wir müssen es schaffen, dass die Differenzen, die wir haben in der Welt, uns nicht davon abhalten, die Themen gemeinsam anzugehen, die wir nur gemeinsam lösen können.“ Die Vereinten Nationen seien das Forum, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Ein Grund für seine Ernennung sei gewesen, dass er und Töpfer sehr ähnliche Herangehensweisen hätten und beide die Verbindung zwischen Umwelt und

Entwicklung als Kern-  
ziel ihrer Arbeit betrachteten, sagte Steiner. Es gehe nicht mehr nur darum, eine Umweltbewegung zu fördern, die sich mit Problemen von Entwicklung befasse. Es gehe darum, vor allem auch Umwelt und die

ganze natürliche Ressourcenbasis der Welt als ein enormes Potenzial für Entwicklung bereitzustellen.

Steiner wurde 1961 in Brasilien geboren und lebte dort auch zehn Jahre lang. Er hat in Oxford, London, Berlin und Harvard studiert. Seine Schwerpunkte lagen bei Entwicklungspolitik, Regionalplanung, internationaler Entwicklung und Umweltpolitik. In den vergangenen fünf Jahren war Steiner Generaldirektor der Welt-Naturschutz-Union mit Sitz im schweizerischen Gland. Diesem weltgrößten Umweltnetzwerk gehören mehr als 1 000 Mitglieder aus 140 Staaten an, darunter Länder, Regierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen. AP

Foto: dpa

Internationale Umweltpolitik  
Handelsblatt  
17.03.2006, Seite 5

# Mehr Deutsche in Spitzenpositionen

Die große Koalition achtet bei der Besetzung von Top-Jobs in internationalen Organisationen nicht mehr auf das Parteibuch

ANDREAS RINKE | BERLIN

Deutsche Politiker besetzen wieder verstärkt Spitzenpositionen in internationalen Organisationen. So hat Uno-Generalsekretär Kofi Annan den Umweltpolizisten Achim Steiner zum Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (Unep) ernannt. Der 44-Jährige – bisher Generaldirektor der Weltnaturschutzunion (IUC) – wird bei der Uno-Behörde damit Nachfolger des früheren Bundesumweltministers Klaus Töpfer. Bereits zuvor war bekannt geworden, dass die früheren Staatssekretäre Rainer Baake und Alexander Müller für die Posten des Chefs des Uno-Klimasekretariats sowie des Vize-Generaldirektors der Welternährungsorganisation vorgesehen sind.

Mit den Ernennungen zeigt die große Koalition, die die Kandidaturen unterstützt, eine ungeahnt undogmatische Haltung. Der Umweltpolizist Steiner ist parteilos. Er selbst nannte als einen Grund für seine Ernennung, dass er und der CDU-Politiker Töpfer ähnliche Herangehensweisen hätten und die Verbindung zwischen Umwelt und Entwicklung als Kernziel ihrer Arbeit betrachteten. „Dass wiederum ein Deutscher mit der Leitung dieses Programms beauftragt werden soll, ist für die Bundesregierung ein Ansporn, ihrer Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz weiterhin gerecht zu werden“, erklärten in Berlin Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (beide SPD).

Müller und Baake sind Spitzenpolitiker der Grünen. Müller war in der

rot-grünen Regierungszeit Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium von Renate Künast. Baake war Umwelt-Staatssekretär und rechte Hand von Minister Jürgen Trittin. Beide gelten als sehr sachkundig. Ihre formelle Ernennung durch die Uno steht noch aus, sie gelten aber als aussichtsreichste Kandidaten.

Die Personalpolitik der Bundesregierung zeigt eine Abkehr von der früheren Praxis, nach der vor allem beide Volksparteien versuchten, Parteimitglieder auf internationalen Posten unterzubringen. „Auch international wird aber wachsender Wert auf die Professionalität der Bewerber gelegt“, hieß es in Regierungskreisen. Allerdings wurde für Müller und Baake schon die nationale Werbetrömmel gerührt, als noch die rot-grüne Regierung am Ruder war.

Anfangs war Angela Merkels Personalpolitik eher dadurch aufgefallen, dass die CDU-Chefin Deutsche aus internationalen Spitzenpositionen abzog. Noch in Oppositionszeiten hatte sie die Kandidatur des IWF-Chefs Horst Köhler für das Amt des Bundespräsidenten forciert. Köhler war nur mit erheblichen Anstrengungen der Regierung Schröder auf diesen Top-Posten der internationalen Finanzwelt gehievt worden. Zudem hatte Merkel nach ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin Christoph Heusgen, den Chefberater von EU-Außenrepräsentant Javier Solana, zu ihrem außenpolitischen Berater ernannt und ins Kanzleramt geholt. Allerdings fiel

Heusgens Posten in Brüssel umgehend wieder an eine Deutsche: die Büroleiterin des früheren Außenministers Joschka Fischer, Helga Schmid.

Dass Deutsche wieder verstärkt in internationale Führungsfunktionen aufrücken, ist Ausdruck von zwei Entwicklungen: Zum einen hatte der frühere Kanzleramtschef und jetzige Außenminister Steinmeier die Personalplanung systematisch vorangetrieben – was vom heutigen Kanzleramtschef Thomas de Maizière fortgeführt wird. Dabei hatte die Bundesregierung auch mit einer lang- und mittelfristig angelegten Karrierepolitik etwa für die Europäische Kommission begonnen. Das Aufrücken von Beamten in die zweite und dritte Reihe soll sicherstellen, dass Deutschland auch für die Besetzung der strategisch wichtigen Posten der Generaldirektoren der Kommission genügend geeignete Kandidaten anbieten kann.

Die stärkere Repräsentanz ist nach Einschätzung deutscher Regierungsmitglieder aber auch Folge einer gewachsenen Bedeutung Deutschlands in der internationalen Politik und vor allem im Umweltbereich. Dies zeigt auch die Ansiedlung von Uno-Institutionen in Bonn. Wie schon die alte Bundesregierung dringt auch die neue zunehmend darauf, dass sich die beachtlichen Beitragszahlungen Deutschlands für internationale Organisationen stärker bei der Besetzung von Spitzenposten niederschlagen. Als Vorbild gelten Großbritannien und Frankreich, die systematisch auch mit der Besetzung von Posten Politik gemacht haben.

## Ökologe „per Zufall“

Neuer Unep-Chef Steiner

Mit Überraschung und Freude zugleich hat die Bundesregierung auf die Ernennung des Deutschen Achim Steiner zum neuen Chef des UN-Umweltprogramms Unep reagiert. Dass UN-Generalsekretär Kofi Annan damit nach Klaus Töpfer erneut einen Deutschen an die Unep-Spitze holt, sei für die Bundesregierung „Ansporn, ihrer Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz weiterhin gerecht zu werden“, erklärten Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Umweltminister Sigmar Gabriel am Donnerstag gemeinsam.

Steiners Ernennung war am Mittwochabend bekannt geworden. Sie kam angesichts der großen internationalen Konkurrenz um den Posten einigermaßen unerwartet. Möglicherweise setzte sich der 44-jährige Steiner auch wegen seiner Unabhängigkeit gegen andere Kandidaten aus Costa Rica, Norwegen und Pakistan durch. Vom neuen Chef, der noch nie im UN-System gearbeitet hat, erwarten viele weitere frische Impulse für Unep, nachdem die Behörde sich unter Töpfer fest

in der UN-Struktur etabliert hat. Gefragt, was er mit zehn Millionen Dollar machen würde, sagte Steiner kürzlich: „Ein Drittel würde ich für den Austausch zwischen Leuten spenden, die nichts miteinander anfangen können – nur so können wir etwas verändern.“

Dass der studierte Politologe, Philosoph und Ökonom dem Naturschutz verhaftet ist, bezeichnet er selbst als Zufall. „Ich saß mitten im Himalaya auf einem Flughafen und kam dort mit einem Naturschützer ins Gespräch, der fieberhaft an einem Bericht über die Umweltsituation vor Ort arbeitete.“ Seitdem ließen ihn Natur und Umwelt nicht mehr los. Nach seinem Studium zog es den in Brasilien geborenen und aufgewachsenen Steiner zunächst an die Basis. Für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) arbeitete er in einem pakistanischen Dorf, später betreute er ein Naturschutzprojekt in Südafrika. Als Berater für nachhaltige Entwicklung zog es ihn nach Oman, Vietnam, die USA, Südamerika und Ozeanien. Schließlich übernahm er die Leitung

des Internationalen Sekretariats der „Weltkommission für Dämme“.

Mit 39 Jahren wurde Steiner Generalsekretär der Weltnaturschutzunion (IUCN), des größten Naturschutzbündnisses der Welt mit Sitz im schweizerischen Gland. Mitglieder sind mehr als 800 Nichtregierungsorganisationen und staatliche Naturschutzämter, Regierungen und mehr als 10 000 Wissenschaftler. Ein kompliziertes Bündnis, manch deutschem Umweltschützer gilt es als zu konservativ. Steiners Strategie jedoch, Naturschützer, UN-Organisationen und die Weltbank zusammenzubringen, ging auf.

Dabei sparte er nie mit Kritik. „Die Weltbank finanziert immer noch Großprojekte, deren wirtschaftlicher Nutzen in keinem Verhältnis zu den Umweltfolgen steht“, kritisierte er erst im September. Steiner möchte nicht gegen, sondern mit der Industrie die Umwelt schützen. Das verbindet ihn mit Töpfer, der das Unep-Hauptquartier in Nairobi Ende März nach acht Jahren verlassen wird.

VGO/EPD

## Gentech-Anlage der Syngenta in Brasilien besetzt

Basel, 15. März. (sda) Aktivisten des Bauernnetzwerks Via Campesina haben im Süden Brasiliens eine Versuchsanlage für genetisch modifizierte Pflanzen des Basler Agrochemiekonzerns Syngenta besetzt. Ein Pressesprecher des Unternehmens in Basel bestätigte am Mittwoch entsprechende Medienberichte aus Brasilien. Die meisten Mitarbeiter der Anlage seien nach Hause geschickt worden, nun strebe man zunächst eine friedliche Beilegung des Konflikts an.

Den Vorwurf der Besetzer, in der Forschungsstelle Cascavel im brasilianischen Gliedstaat Paraná würden illegale gentechnische Experimente durchgeführt, wies der Sprecher zurück. Das Unternehmen besitze alle nötigen Genehmigungen der brasilianischen Behörden. Syngenta Seeds – der Geschäftsbereich Saatgut des Konzerns – betreibe die Anlage Cascavel demnach in

legalem Rahmen. Die Besetzung hatte am Dienstag begonnen. Laut brasilianischen Berichten sind daran tausend Aktivisten beteiligt. Nach ihrer Darstellung ist die Forschungsstelle nicht zonenkonform.

(*afp*) In der vergangenen Woche hatten Aktivisten von Via Campesina – in der Mehrheit offenbar Frauen – eine Papierfabrik in Südbrasilien gestürmt, in Barra do Ribeiro unweit von Porto Alegre. Nach Angaben des betroffenen Unternehmens, Aracruz Cellulose, zerstörten die Angreifer etwa eine Million Eukalyptus-Setzlinge, zudem sämtliche Forschungseinrichtungen und genetisches Material, das in über 15 Jahren Forschungsarbeit entwickelt worden und teilweise nicht wieder herzustellen sei. Via Campesina prangerte die Eukalyptus-Monokultur in der Region an.